

Alle reden darüber, wie Flüchtlinge unser Land verändern. Aber was geschieht eigentlich mit der Welt, aus der sie kommen?

AKTEURE

- 10 Nimm den Bass mit!**
Syrische Musiker kommen über die Balkanroute nach Deutschland – eine Flucht als Tournee
- 18 Lläuft bei denen**
Wie Schlepper am Rücknahme-Abkommen zwischen der Türkei und der EU verdienen
- 21 Alles Akademiker**
Droht der Türkei ein Exodus der Intellektuellen?
- 22 Unser Mann am Nil**
Bundesregierung und EU erwägen Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika
- 26 »Für das gute Leben muss man hart arbeiten«**
Interview mit Günter Nooke, dem Afrika-Beauftragten der Bundeskanzlerin
- 28 Nichts wie weg**
Zwei geflüchtete Syrerinnen blicken zurück auf ihre Heimat
- 30 Vertrieben aus dem Paradies**
Was Iraner in die Flucht treibt

ORTE

- 38 In der Libyen-Falle**
Begegnungen mit Fluchthelfern und Menschenhändlern
- 48 Hotspot Khartum**
Das Baschir-Regime wird zum umworbenen Partner der Europäer
- 52 Aufbau Ost**
Erst zerstören, dann als Touristenattraktion neu bauen – die türkischen Pläne für die Stadt Diyarbakır
- 56 Generation Golf**
Pakistanische Gastarbeiter könnten sich bald andere Ziele suchen
- 58 Von Sackgassen und Nebenstraßen**
Sechs Routen jenseits der großen Migrationsströme
- 60 Jetzt auch noch die Syrer**
Jordanien und die Flüchtlingskrise – Essay des Schriftstellers Fakhri Saleh
- 62 »Angst, einfach Angst«**
Warum Tschetschenen fliehen, obwohl der Krieg vorbei ist
- 65 Von Europa geht Magie aus**
Zu Besuch am Busbahnhof von Kabul
- 68 Die sterbende Stadt**
Einst war Aleppo die größte Stadt Syriens – jetzt sind ganze Viertel verwaist

PROJEKTIONEN

- 76 Die Gute**
Vom Flüchtling zum Olympiastar – ein fragwürdiges Märchen
- 78 Das Buch Exodus**
Das Versagen des Westens – Essay des ägyptischen Schriftstellers Chalid al-Chamissi
- 84 Auferstehen aus Ruinen**
Wie Aleppo wieder aufgebaut werden kann
- 86 Anas**
Eine Graphic Novel über Träume und Traumata eines jungen Syrers
- 92 Über das Meer**
Warum das Mittelmeer eine Brücke sein sollte – ein Plädoyer
- 94 Das hier, das dauert länger**
Zu kurz gedacht – Flüchtlingslager brauchen neue Konzepte
- 96 »Kenia fordert Lösegeld«**
Die Zukunft des größten Flüchtlingslagers der Welt – Interview mit Ben Rawlence
- 98 »Was willst du einmal werden, wenn du groß bist?«**
Träume und Hoffnungen junger Mädchen im Lager Zaatari
- 102 Von Asyl bis Willkommenskultur**
Überblick über wichtige Begriffe in der Fluchtdebatte

GEHEIMDEAL MIT ÄGYPTEN

Unser Mann am Nil



Bundesregierung und EU erwägen Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika. Die dramatischen Konsequenzen für die Betroffenen sind in Ägypten bereits zu erkennen

VON JENS M. LUCKE

Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière Anfang April 2016 dem *ORF* ein Interview zur aktuellen Lage der Flüchtlingskrise gab, zeigte er sich erfreut. Die wochenlangen Verhandlungen um den EU-Türkei-Deal waren erfolgreich, sodass »die Balkan-Route erledigt ist, erledigt bleiben soll«. Und de Maizière ergänzte sichtbar zufrieden: »Ende gut, alles gut.«

Nicht erst seitdem Hunderttausende 2015 auf dem Landweg nach Europa kamen, ist der Bundesinnenminister darum bemüht, Flüchtlingen und Migranten den Zuzug nach Deutschland zu erschweren. Bereits im November 2014 verkündete er mit Blick auf die Fluchtrouten von Nordafrika aus über das Mittelmeer öffentlich seine Idee, in Ägypten Auffanglager einzurichten – betrieben vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

Mit seinem Vorstoß stand de Maizière nicht allein da. Seit Jahren versucht die EU, die Fluchtbewegungen aus Eritrea, Äthiopien oder dem Sudan über Ägypten und Libyen in den Griff zu bekommen. Die afrikanischen Staaten, in denen Diktaturen und kriegerische Auseinandersetzungen das Leben der Menschen bedrohen, stellen die größten Kontingente von Flüchtlingen, die sich auf die gefährliche Reise über das Mittelmeer begeben. Allein 2015 trafen auf diesem Weg mehr als 150.000 Menschen in Italien ein, Tausende von ihnen reisten weiter nach Deutschland und beantragten Asyl – oft mit beachtlichem Erfolg. Die Anerkennungsquote von Eritreern lag im vergangenen Jahr bei über 87 Prozent. Selbst das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kommt nicht umhin festzustellen, dass diese Menschen durch das repressive System des Diktators Isaias Afewerki in Asmara akut bedroht sind.

Doch während die Bundesregierung öffentlich nicht müde wird zu betonen, dass man »die Fluchtursachen in den Herkunftsländern« bekämpfen müsse, bemüht sich die EU mit aktiver Unterstützung Deutschlands im Stillen darum, mit jenen Herkunftsländern, die durch ihre repressive Politik die Flüchtlingsströme verursachen, und mit Staaten, die Transit- und Herkunftsländer zugleich sind, Vereinbarungen zu treffen, wie man die Flüchtlinge gar nicht erst aus dem Land kommen lässt.

Nach der erfolgreichen Reise Ende Februar in die Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien, wo er vereinfachte Rücknahmen abgelehnter Asylbewerber aushandelte, flog der Bundesinnenminister Ende März nach Kairo, um nun auch Verhandlungen über Migration und Sicherheit mit der Regierung von Präsident Abdelfattah Al-Sisi zu führen.

Ägypten gilt neben Libyen als Haupttransitgebiet für Verfolgte aus der eritreischen Diktatur und repressiven Staaten wie Sudan und Äthiopien. Auch Syrer und Somalier machen sich von Ägypten aus auf den Weg nach Europa, entweder direkt von der ägyptischen Küste aus oder auf dem gefährlichen Umweg über Libyen.

Nicht zuletzt fliehen aber auch Zehntausende Ägypter seit Jahren über das Mittelmeer, weil sich das Land seit dem Militärputsch 2013 und der Machtübernahme durch den Ex-General Al-Sisi in einer katastrophalen Lage befindet. Nicht enden wollende Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte, Zehntausende Oppositionelle, die in den Gefängnissen

am Nil einsitzen, ohne auch nur im Ansatz auf faire Verfahren hoffen zu dürfen, Folter und Mord in Polizeistationen sowie verschwundene Aktivisten, die Verfolgung von Nichtregierungsorganisationen und der Presse – all das gehört für die Menschen in Ägypten zum Alltag. Hinzu kommen hohe Arbeitslosigkeit und eine schlechte Versorgungslage. Viele sehen für sich nur noch die Chance der Flucht. Dabei bleibt ihnen lediglich der Weg über das Meer.

Bereits 2006 versuchte die EU über den sogenannten Rabat-Prozess Wege zu finden, mit nordafrikanischen Staaten über die Eindämmung von Flüchtlingsströmen zu verhandeln – weitgehend erfolglos. Der sogenannte Khartum-Prozess sollte ab 2014 mehr erreichen. Ein Steuerungskomitee, an dem Deutschland maßgeblich beteiligt ist, plante fortan, Länder wie Eritrea, Sudan, Süd-Sudan, Äthiopien, Somalia und Ägypten in Maßnahmen einzubinden, die Flüchtlinge bereits in den Herkunftsländern stoppen sollen. Dazu gehört die Ausbildung der diversen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, vorschlagsweise »an der Polizeiakademie in Kairo«, ebenso wie »Grenzkontrollmanagement« im Süd-Sudan oder »Migrationsmanagement« im Sudan.

Dass man dabei mit – auch nach Ansicht der Bundesregierung – hoch repressiven Regimen zusammenarbeitete, war allen Beteiligten bewusst und wird vom EU-Kommissar für Migration, Dimitris Avramopoulos, nicht geleugnet. Doch der Wunsch, die Flüchtlingsströme nach Europa einzudämmen, führt erkennbar zur Erosion jener Menschenrechtsstandards, die die EU für sich festgelegt hat.

Der ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, der Bundestagsabgeordnete Christoph Strässer (SPD), schüttelt angesichts derartiger Überlegungen den Kopf. Dass man mit Regimen reden muss, unter deren Herrschaft Fluchtursachen entstehen, sei richtig. Nur dürfe man nicht glauben, dass finanzielle Unterstützung den Menschen zugute kommt, die vor den Bedingungen in diesen Ländern fliehen. »Mit Omar al-Baschir, der vom Internationalen Strafgerichtshof

gesucht wird, einen Deal zu machen, der Flüchtlinge davon abhalten soll, den Sudan zu verlassen, das finde ich fast schon pervers. Für Flüchtlinge sind diese Vorschläge beunruhigend.«

Auch im Falle von Ägypten scheint jede Zurückhaltung aufgegeben zu werden. Die Angst, nach Schließung der Balkanroute könnten nun wieder vermehrt Boote mit Tausenden von Flüchtlingen von der Küste Ägyptens aus in See Richtung Italien stoßen, führt zu hektischen Initiativen. Im April präsentierte der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi seinen EU-Amtskollegen einen Plan, den er »Migration Compact« nennt. Danach empfiehlt Italien nun auch gezielt die Errichtung von Auffanglagern in nordafrikanischen Ländern, wie sie de Maizière bereits 2014 für Ägypten vorgeschlagen hatte. Wie man in Brüssel auf Anfrage erklärt, »prüft« die EU die Vorschläge noch, doch im EU-Außenministerrat am 18. April klatschten viele Vertreter bereits Beifall.

Der italienische Vorstoß – nur eine Woche nach der Reise des Bundesinnenministers nach Kairo – lässt bei Beobachtern die Frage aufkommen, wie derartige Auffanglager in Ägypten umzusetzen wären und mit welchem Erfolg. Ägypten hat, wie

Ägypten verfügt über ein Netz von über 60 Internierungslagern. In vielen Fällen handelt es sich um nicht mehr als heruntergekommene Zellen in lokalen Polizeidienststellen

So lange Tausende
 Ägypter in
 Gefängnisse
 geworfen, gefoltert
 oder ermordet
 werden, gibt es
 keine berechnete
 Hoffnung, dass
 das Sisi-Regime
 eine humanere
 Einstellung ent-
 wickeln oder sich
 an irgendwelche
 Vereinbarungen
 mit der EU
 halten wird

viele afrikanische Staaten, eine rigide Rechtsvorstellung, die von der Flüchtlingsgesetzgebung Europas abweicht. Wer ohne Visum eine ägyptische Grenze passiert, gilt ungeachtet möglicher politischer Verfolgung als illegaler Migrant, der verhaftet und deportiert wird – ohne jeglichen Anspruch auf Asyl. Nur wem es gelingt, noch vor der Verhaftung Kontakt zu den örtlichen Vertretern des UNHCR aufzunehmen, um den Flüchtlingsstatus nachzusehen, kann damit rechnen, nach bestenfalls ein paar Wochen wieder freizukommen. Ab dann heißt es, unter schwierigsten Lebensbedingungen zu warten – unter Umständen mehr als ein Jahr lang, bis das UNHCR zusammen mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) im Rahmen von »Resettlement«-Programmen die Weiterreise in einen Drittstaat in Europa oder in die USA organisieren kann. All jenen aber, die an einer Grenze oder bei dem Versuch, an der Küste auf ein Boot zu steigen, festgenommen werden, droht ausnahmslos die Auslieferung an ebenjene Staaten, vor denen sie geflohen sind.

Die schwedisch-eritreische Journalistin und Direktorin der NGO Eritrean Initiative on Refugee Rights in Stockholm, Meron Estefanos, kennt sich wie kaum jemand mit den Haftbedingungen von Flüchtlingen in Ägypten aus. »Diese Menschen haben keine Chance«, sagt sie. »Wir sprechen hier von Frauen mit Säuglingen, die neun Monate und länger inhaftiert werden und Angst haben, nach Eritrea abgeschoben zu werden. Jede Woche erreichen mich verzweifelte Anrufe aus Kairo, dass wieder Flüchtlinge inhaftiert wurden, aber man kann nichts machen. Solange Ägypten alle Flüchtlinge, die nicht Kontakt zum UNHCR hatten, als illegale Migranten verhaftet und deportiert, wird sich an diesen schlimmen Verhältnissen nichts ändern.«

Ägypten verfügt derzeit über ein Netz von über 60 Internierungslagern, die quer über das Land verstreut sind. In vielen Fällen handelt es sich um nicht mehr als heruntergekommene Zellen in lokalen Polizeidienststellen, in denen die Flüchtlinge unter katastrophalen hygienischen Bedingungen und bei karger Kost oft monatelang, dicht zusammengepfercht, festgehalten werden. Humanitäre Standards, wie sie in der Genfer Flüchtlingskonvention festgelegt und von Menschenrechtsorganisationen wiederholt eingefordert werden, sucht man hier vergeblich.

Ein einziges Mal, im September 2014, hatte Ägypten von sich aus auf eine solche Unterbringung verzichtet und stattdessen in einer Turnhalle des Jugendsportclubs Anfoushy in Alexandria ein Auffanglager eingerichtet. 227 Flüchtlinge, die auf einem Boot vor der Küste aufgebracht und festgenommen wurden, erfuhren in einer medial großspurig inszenierten Begrüßung, dass sie »zwar Fehler gemacht« hätten, aber »keine Kriminellen« seien. »Ihr seid unsere Gäste«, erklärte ihnen der Gouverneur von Alexandria, Tareq Mahdy, generös und versprach ausreichend Essen und Versorgung.

Das Experiment hielt keine zwei Monate und lässt erahnen, was auf Flüchtlinge in Ägypten zukommt, sollten die Pläne von de Maizière und Renzi umgesetzt werden. Kaum waren die Kameras abgebaut, verpufften die Zusagen und freundlichen Worte im Nichts. Wochenlang stritten sich Regierungsvertreter und der Gouverneur über die Nutzung der Halle, die bald durch immer weitere Neuankömmlinge überbelegt war. Die Flüchtlinge wurden von Gästen zu Inhaftierten, statt üppiger Speisen wurden Abschiebungsbescheide verteilt – über 260 in nur acht Wochen. Letztlich wurde Anfoushy geschlossen, und die Gestrandeten, die noch nicht deportiert waren, landeten doch wieder in Polizeizellen.

Auch ein anderer Fall wirft die Frage auf, ob man mit Ägypten Vereinbarungen über die Unterbringung von Flüchtlingen

treffen kann. Die ägyptische Küstenwache hatte im Herbst 2014 ein Boot mit syrischen und syrisch-palästinensischen Flüchtlingen aufgebracht, das sich auf dem Weg von der Türkei nach Italien befand. Die Festgenommenen, die nie vorhatten, in Ägypten zu landen, wurden der illegalen Immigration beschuldigt und in die Polizeistation Karmuz in Alexandria gebracht. 30 Syrer, die über Pässe verfügten, wurden anschließend in die Türkei abgeschoben. Doch 73 syrisch-palästinensische Häftlinge hatten keine gültigen Reisedokumente und blieben hängen.

Zwar verfügte Ägyptens Generalstaatsanwalt im November 2014, dass diese Flüchtlinge – unter ihnen 15 minderjährige Kinder, zum Teil nicht älter als ein Jahr – freizulassen seien, doch die Polizei vor Ort – wie so oft in Ägypten – weigerte sich, der Aufforderung zu folgen. Auch mehrere Besuche des UNHCR änderte daran nichts. Über acht Monate hielt Ägypten sie trotz aller Proteste von ägyptischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen in einer verdreckten Zelle gefangen, bis Botschaftsvertreter aus Schweden, Deutschland und Frankreich aufmerksam wurden. Nach zähen Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung konnten die Flüchtlinge im Juni 2015 in diese Staaten ausreisen. 42 von ihnen kamen nach Deutschland – für Tausende aber geht das Elend in den ägyptischen Polizeizellen weiter.

Die Vorstellung, mit einem Land, das so mit Flüchtlingen verfährt, Vereinbarungen über Auffanglager zu treffen, verursacht vielen Beobachtern Kopfschmerzen. »Die Menschenrechtsbilanz in Ägypten wird immer schlechter. In solch einem Land kann ich keine – wie heißt das so schön euphemistisch – »Willkommenszentren« einrichten. Aus der Perspektive der Menschenrechte und des Flüchtlings-schutzes halte ich das für völlig inakzeptabel«, urteilt Christoph Strässer.

Doch de Maizières Plan hat noch eine andere gravierende Schlagseite: Anders als es sich der Bundesinnenminister 2014 erhoffte, wird das UNHCR für derartige Lager nicht zur Verfügung stehen. »Darum haben wir uns ja auch in Griechenland zurückgezogen«, so eine Sprecherin in Genf. »Geschlossene Flüchtlingseinrichtungen sind mit unserer Politik nicht zu vereinbaren.« Das UNHCR hat in Ägypten schon jetzt genug damit zu tun, überhaupt Zugang zu inhaftierten Flüchtlingen zu erhalten. »Wir appellieren an die Regierung, die Flüchtlinge human zu behandeln und freizulassen«, sagt Ragnhild Ek, Leiterin des UNHCR in Kairo. Darüber hinaus fordert die Organisation, dass Flüchtlinge nicht in Heimatländer abgeschoben werden, in denen ihnen Verfolgung und Folter drohen. Doch mehr als appellieren kann das UNHCR nicht.

Wie wenig die ägyptische Regierung bereit ist, auf die Appelle zu hören, und welche Folgen das für die Flüchtlinge hat, zeigt nicht nur der Vorfall in Alexandria. Im Jahr 2008 befanden sich nach Angaben der amerikanischen Hilfsorganisation USCRI rund 1.600 eritreische Flüchtlinge in ägyptischer Gefangenschaft. Doch nur zu 180 erhielt das UNHCR Zugang. Die restlichen 1.400 schob Ägypten ohne Rücksicht auf die lebensgefährlichen Konsequenzen nach Eritrea ab. Viele von ihnen landeten in eritreischen Gefängnissen, darunter auch schwangere Frauen. Das UNHCR konnte nichts dagegen unternehmen. Derzeit sollen sich mehr als 5.000 Flüchtlinge in ägyptischer Ge-

fangenschaft befinden und auf ihre Deportation warten – deren Reisekosten sie übrigens, wie Meron Estefanos betont, selbst aufbringen müssen. Wem das nicht gelingt, der bleibt unter Umständen jahrelang inhaftiert. »Es ist ein unerträgliches System.«

Was bleibt, wäre also nur, darauf zu hoffen, dass Ägypten ein humanitäres Verhalten gegenüber Flüchtlingen entwickelte, doch Anzeichen dafür sind nicht in Sicht. Im Gegenteil. »Es ist wie mit den Folteropfern der Menschenhändler auf dem Sinai«, so Estefanos. »Jahrelang hat Ägypten das geduldet. Die Folterer konnten Millionen verdienen und sich ungestört und für alle sichtbar große Paläste bauen. Aber verhaftet wurden, wenn ihnen denn überhaupt die Flucht aus den Folterkellern gelang, die Opfer, nicht die Täter.«

Eine Untersuchung von Human Rights Watch im Jahr 2014 ergab, dass ägyptische Polizisten und Soldaten jahrelang in großem Stil an dem Menschenhandel auf dem Sinai mitverdienten. Eben solche Berichte hört man auch an der Küste um Alexandria. Schmuggler erzählen unbekümmert, wie sie ägyptische Polizisten und Mitglieder der Küstenwache mit Schmiergeldern

dazu bewegen, beim nächtlichen Verladen der Flüchtlinge am Strand beide Augen zuzudrücken. Gelegentlich kommt es zu Verhaftungen, wenn Vorgesetzten gegenüber ein Durchgreifen vorgespielt werden muss. Aber insgesamt klappt das System. Über 6.000 Menschen gelang nach Schätzung der IOM-Zweigstelle in Kairo 2015 die Überfahrt von Ägypten nach Italien. Die Ziffer derer aber, die bei der Überfahrt ums Leben kamen, bleibt im Dunkeln.

Derzeit befindet sich ein neues Gesetz in Bearbeitung, mit dem erstmals Schleppern der Prozess gemacht werden kann. Doch es fehlt am politischen Willen, derartige Maßnahmen durchzusetzen, und vor Ort an Polizeikräften, die bereit sind, auf ihr beträchtliches Zubrot aus Schmiergeldzahlungen zu verzichten.

Die Einrichtung von Auffanglagern, wie sie sich der italienische Ministerpräsident und der deutsche Innenminister vorstellen, wird an diesem Problem nichts ändern. Die Frage des Zugangs von UNHCR und anderen Organisationen müsste rechtsverbindlich – also einklagbar – geklärt werden und ein Umdenken aufseiten der ägyptischen Machthaber erfolgen. Aber solange Tausende von Ägyptern vom Regime Al-Sisi in Gefängnisse geworfen, gefoltert oder ermordet werden, gibt es für Europa keine berechtigte Hoffnung, dass das Land am Nil gegenüber politisch Verfolgten eine humanere Einstellung entwickeln oder sich an irgendwelche Vereinbarungen mit der EU halten wird. Wenn man die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen will, wie es die Bundesregierung immer wieder betont, müsste die Achtung vor Menschenrechten in Ägypten Priorität genießen. Doch solange die EU und Deutschland die Machthaber in Kairo hofieren und die schweren Übergriffe auf die Zivilbevölkerung zugunsten der eigenen Interessen immer wieder zu übersehen bereit sind, ist damit kaum zu rechnen.

Das Urteil von Christoph Strässer über die neuerliche Idee, Auffanglager in Nordafrika zu errichten, fällt dann auch entsprechend eindeutig aus: »Man sollte diese Vorschläge aus meiner Sicht ganz schnell wieder in die Schublade packen.« •

Derzeit befinden sich mehr als 5.000 Flüchtlinge in ägyptischer Gefangenschaft und warten auf ihre Abschiebung – die Reisekosten müssen sie selbst aufbringen

MIGRATIONSROUTEN

Hotspot Khartum

Die Republik Sudan ist bekannt als Staat, der selbst Flüchtlinge produziert. Jetzt beherbergt das Land Menschen aus ganz Ostafrika und wird so zum umworbenen Partner der Europäer

VON JULIA JOERIN UND ROMAN DECKERT

»Zeit der Nordwanderung« ist das literarische Meisterstück des sudanesischen Schriftstellers Tadjib Salich. Edward Said hat das 1966 erschienene Buch als einen der zehn wichtigsten arabischen Romane aller Zeiten bezeichnet. Sein titelgebendes Thema ist aktueller denn je: In Zeiten der Massenauswanderung aus Ostafrika gerät der Sudan immer stärker ins Blickfeld der europäischen Politik.

Und so geben sich im Frühjahr 2016 Vertreter europäischer Regierungen und der EU in der sudanesischen Hauptstadt Khartum die Klinke in die Hand. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat im März 35 Millionen Euro für den Osten der Republik Sudan zugesagt, wo Hunderttausende Flüchtlinge leben. Ausbildungsprojekte sollen ihre Chancen verbessern, sich dort eine Zukunft aufzubauen. Für das islamistische Regime des international geächteten Präsidenten Omar al-Baschir, seit 1989 an der Macht, ist die Partnerschaft mit dem Ministerium ein Meilenstein auf dem Weg zur diplomatischen Rehabilitierung. Gegen alle Kritik von Menschenrechtsorganisationen schoss die EU kurz darauf noch 100 Millionen Euro für die »Bekämpfung der Fluchtursachen« dazu.

Tatsächlich beweist der Sudan – Schurkenstaat hin oder her – durchaus, dass er Geflüchtete und Migranten human behandeln kann. Bis zu hunderttausend Syrer haben hier mittlerweile Zuflucht gefunden. Offiziell gelten sie nicht als Flüchtlinge und werden auch keinem Ausländerstatus unterworfen. Ein Angestellter eines syrischen Restaurants im bürgerlichen Khartumer Viertel Amarat schätzt sich glücklich: »Die Menschen hier heißen uns wirklich willkommen. Wir brauchen nicht einmal ein Visum.« Für ihn ist Khartum keine Zwischenstation auf einer riskanten Reise in ein wenig reizvolles Europa. »Der Sudan ist zwar arm und das Leben hart, aber wir können uns hier immerhin frei bewegen und werden nicht diskriminiert. Es ist für uns wie ein Zuhause.«

Ähnlich positiv ist das Stimmungsbild unter Flüchtlingen aus Somalia, das der Arabischen Liga angehört. Auf der Busfahrt

ins Stadtzentrum ergibt sich ein Gespräch mit einem etwa 30-jährigen Somalier. Er fühle sich in Khartum wohl, sagt Aziz*, hier könne er gute Geschäfte machen und werde akzeptiert. Nach Europa ziehe es ihn nicht, dort lebe es sich für Afrikaner auch nicht besser als im Sudan – das höre er von seinem Bruder in Frankfurt am Main. Mehr mag er nicht sagen, offenbar fürchtet er, dass allzu große Offenheit ihm Ärger mit dem allgegenwärtigen Geheimdienst einbringen könnte. Nur eine Botschaft hat er noch: »Eines Tages werden wir Afrikaner uns vereinen und die Machtverhältnisse umdrehen. Dann werden wir euch Europäer zu unseren Untertanen machen.«

Nur ein paar Kilometer weiter, im Stadtteil Gireif, das Kontrastprogramm, wenn auch nur beim Blick hinter die Kulissen: ein Fußballfeld im Sand, lange Backsteinmauern mit farbigen Toren, wenig befahrene Staubstraßen, spielende Kinder. Belebte Cafés mit liebevoll bemalten Schildern, von Palmen umgeben. Restaurants und Läden entlang der geteerten Hauptstraße, beschriftet auf Arabisch, Amharisch, Tigrinisch oder Oromo. Zwischen einem sudanesischen Imbiss und einer äthiopischen Boutique trägt ein eritreisches Café die Aufschrift »Paradise«. Es läuft heitere Musik, eine Frau röstet Kaffee. Die Stimmung ist an diesem Freitagnachmittag ausgelassen. Äthiopier, Eritreer, Sudanesen und andere Afrikaner leben hier Seite an Seite, bestreiten gemeinsam den Alltag.

Fragt man die Reisewilligen unter ihnen, warum sie dennoch nach Europa wollen, hört man einhellig dieselben Gründe: Diskriminierung, fehlende soziale und wirtschaftliche Perspektiven, die ständig lauernenden Schikanen durch Polizei und Geheimdienst.

Vor dem Café begrüßt Lula* ein Dutzend junger Männer. »Sie sind alle dabei, nach Europa aufzubrechen. Es ist Saison. Im Frühling ist das Meer sanft und nicht mehr so kalt.« Die Menschen aus Eritrea und aus Äthiopien fliehen in den Osten Sudans, weiter nach Khartum und von dort früher oder später meist Richtung Libyen, wo sie mit der gefährlichen Fahrt übers Mittelmeer ihr Leben aufs Spiel setzen. »Wer zurückbleibt, hat

schon verloren, lautet die Devise.« Dann verrät Lula ihren eigenen Plan: In den nächsten Tagen wird sie nach Kairo fliegen, für Ägypten hat sie ein Visum bekommen. Von dort aus will sie ebenfalls die Überfahrt nach Italien wagen. Als Kind eritreischer Flüchtlinge gilt auch sie als Flüchtling, obwohl sie im Sudan geboren ist – sie genießt nicht die gleichen Rechte wie die Sudanesen.

Aber warum das tödliche Risiko auf sich nehmen? Lula erzählt, sie arbeite sechs Tage die Woche in einem bei westlichen Ausländern beliebten Luxusrestaurant. Der Lohn reiche nicht aus, deshalb habe sie einen zweiten Job bei einem Catering-Service angenommen. Trotzdem könne sie ihre alternde Großmutter nicht versorgen. »Wenn ich hier bleibe, muss meine Oma als Putzfrau arbeiten, bis sie stirbt. Meine größte Angst ist, dass sie stirbt, bevor ich ihr das Leben ermöglichen kann, das sie verdient. Ich bin Waise und habe ihr alles zu verdanken.«

Die Willkür der Sicherheitskräfte sei ein weiterer Grund, der sie in die Flucht schlage. Männer in Uniform würden regelmäßig Eritreer oder Äthiopier anhalten und nach den Ausweispapieren fragen. »Wenn man einen Ausweis hat, muss man Schmiergeld bezahlen, damit sie ihn nicht beschlagnahmen. Und wenn man keinen hat, sagen sie, man sei illegal im Land, und drohen mit Gefängnis. Dann muss man ebenfalls Bakschisch zahlen.« Es könne überall passieren, jederzeit – außer freitags. »Dann sind sie gnädig und lassen uns in Ruhe.«

Die Lehmhäuser, in denen die Eritreer und Äthiopier leben, sind überfüllt. Verwandte, Freunde und Bekannte werden untergebracht – so viele wie eben kommen. Bei Nahom* zu Hause ist der größte Raum knapp acht Quadratmeter klein. Licht dringt nur durch die Tür hinein, Fenster gibt es keine. An den Wänden hängen Poster mit christlichen Motiven. Ein Dutzend Männer, Frauen und Kinder sitzen auf Betten und Hockern um einen Couchtisch aus Plastik. In einer Ecke steht ein Fernseher: *Eri-TV* zeigt idyllische Bilder der eritreischen Hauptstadt Asmara. »Ich bin das älteste von 13 Geschwistern«, sagt Nahom. »Alle warten darauf, dass ich Geld schicke, damit sie Eritrea ebenfalls verlassen können.«

Es ist vor allem der potenziell unbefristete Militärdienst, der die Eritreer aus ihrem Land treibt. Dem entziehen sich jeden Monat zwischen 3.000 und 5.000 Menschen, von denen die meisten in den Sudan fliehen. Zwar müssen Eritreerinnen und Eritreer nicht immer an der Waffe dienen, werden aber quasi zu Leibeigenen der Regierung. Nahom berichtet, er habe als Medizinlaborant in Asmara gearbeitet, sei dann aber zu landwirtschaftlicher Arbeit in der Provinz verdonnert worden. »Da ergriff ich die Flucht. Die Arbeit auf dem Feld hat nichts mit meinem Beruf zu tun.«

Auch in Khartum kann Nahom seinen Beruf nicht ausüben. Nur ein paar Wochen habe er schwarz in einer Klinik gearbeitet. Dann habe ihn der Chefarzt entlassen – »weil er sich strafbar machte, indem er einen eritreischen Flüchtling beschäftigte«. Seither ist Nahom gezwungen, sich als Tagelöhner auf Baustellen zu verdingen. »Die Zeit vergeht, ich bin 45 – und komme hier auf keinen grünen Zweig.«

Während das Leid der Eritreer mehr und mehr Aufmerk-

samkeit auch in westlichen Medien findet, ist über die Misere der Äthiopier nahezu nichts bekannt. Und das, obwohl nach Einschätzung sudanesischer Experten allein in der Grenzprovinz Gedaref täglich bis zu 150 Äthiopier legal oder illegal in den Sudan kommen. Wie viele von ihnen auf der Flucht sind und illegal an die Mittelmeerküste weiterziehen, ist unbekannt. Genaue Zahlen können selbst die zuständigen UN-Behörden nicht liefern. Alle Befragten beteuern indes, dass in den Sudan mehr Menschen aus Äthiopien kommen als aus Eritrea. Verwunderlich ist das nicht, leben im kleinen Eritrea doch nur etwas mehr als fünf Millionen Menschen, in Äthiopien dagegen mehr als 100 Millionen. Armut, häusliche Gewalt, politische Unterdrückung: Fluchtursachen für Äthiopier kommen häufig im Plural.

Unweit vom Eritreer Nahom wohnt eine Äthiopierin namens Selma*, die wie viele andere als Hausangestellte ihr Auskommen sucht. Sie sei vor den Schlägen ihres Mannes und der Armut geflohen. Jetzt lebt sie mit drei Frauen zur Untermiete bei einem Eritreer. Jede zahle ihm 300 US-Dollar monatlich, und er werde seinerseits vom sudanesischen Vermieter ausgepresst. Doch Selma lässt sich nicht entmutigen. Nach allem, was

sie erlebt habe, sei sie entschiedener denn je, für ein emanzipiertes Leben zu kämpfen. Und meint, nur in Europa ein Leben in Würde finden zu können.

Selmas Schicksal ist kein Einzelfall. Laut Fachleuten, die Feldforschung in der Grenzprovinz Gedaref betreiben, machen Frauen – mit Kindern oder ohne unterwegs – rund die Hälfte der äthiopischen Geflüchteten aus. »Sie wollen aus den patriarchalischen Strukturen ausbrechen und ihr Leben selbst in die Hand nehmen.« Ansonsten zählen Armut, Dürren, Landnahme und lokale Konflikte zu den wichtigsten Motiven für Menschen aus Äthiopien, ihre Heimat zu verlassen.

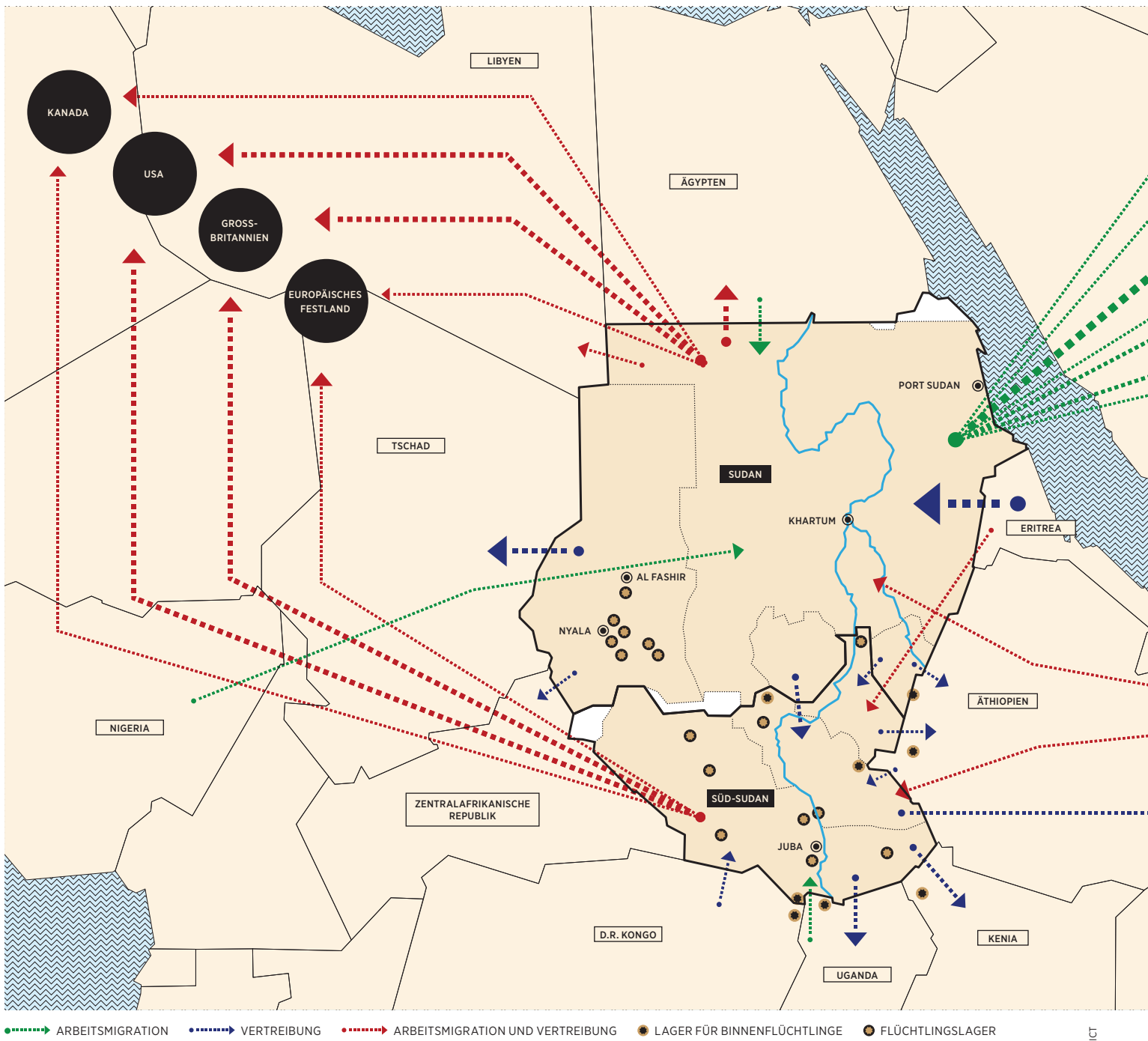
Weitere Aufklärung über die Fluchtgründe der Äthiopier verschafft schließlich ein anderer Nachbar der eritreischen Wohngemeinschaft. Moti* war früher Kämpfer für eine Rebellenarmee der Oromo. Diese stellen zwar die größte Bevölkerungsgruppe in Äthiopien, fühlen sich von Addis Abeba aber politisch ausgegrenzt und wirtschaftlich benachteiligt. Die Tür zu Motis Waschsalon steht offen, ein paar junge Oromo-Freunde leisten ihm Gesellschaft. Einer zeigt auf seinem Handy Fotos von Polizisten in Äthiopien, die auf eine am Boden liegende Frau eindreschen. »Das ist meine Schwester, gestern auf einer Demonstration an der Universität von Walagga. Sie haben ihr das Bein gebrochen.«

Um die Jahreswende 2015/16 machte der Protest der Oromo gegen Landnahme und Enteignung Schlagzeilen – allerdings erst, als die Sicherheitskräfte bei deren Niederschlagung Hunderte Menschen töteten und sich Äthiopien Kritik auch aus dem Westen gefallen lassen musste – Konsequenzen musste die Regierung von Premier Hailemariam Desalegn allerdings nicht fürchten. Denn im Fall von Äthiopien zeigt sich die westliche Staatengemeinschaft in der Regel sehr viel nachgiebiger als bei anderen Staaten am Horn von Afrika und lässt dem regionalen Stabilitätsgaranten Repressionen und Menschenrechtsverletzungen gegen politische Gegner, Minderheiten und Journalisten durchgehen. Für die westliche Staatengemeinschaft gilt Äthiopien mit seinem Wirtschaftswachstum als afrikanisches

»Sie sind alle dabei,
nach Europa aufzubrechen.

Es ist Saison.

Im Frühling ist das
Meer sanft und nicht
mehr so kalt«



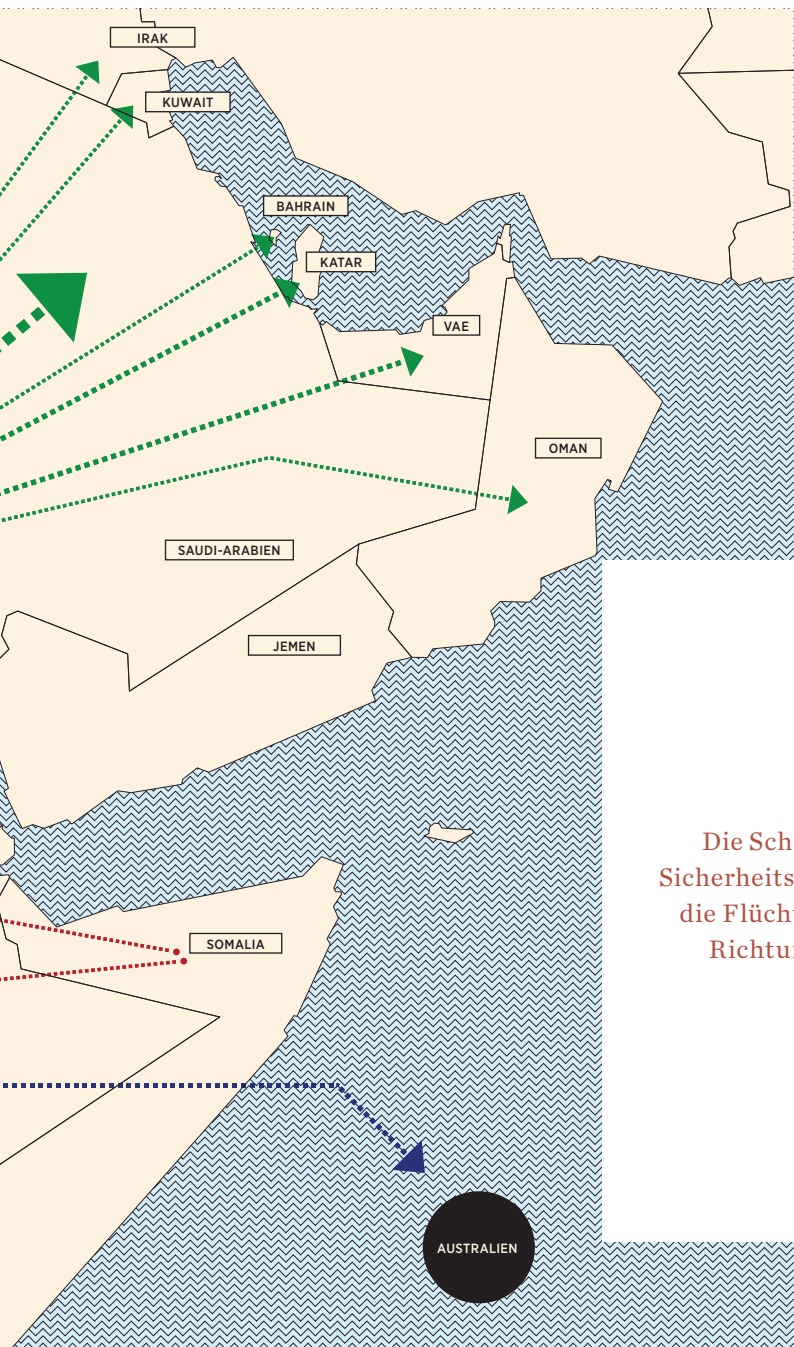
Quelle: MICT

ZAHLEN UND FAKTEN ZU FLUCHT UND MIGRATION IM SUDAN

Das Gebiet des heutigen Sudans ist seit jeher eine Drehscheibe zwischen Zentralafrika, dem Mittelmeerraum, Westafrika und der Arabischen Halbinsel. In den vergangenen Jahrzehnten ist die Zahl der durch Kriege vertriebenen Sudanesen sprunghaft angestiegen. Genau lässt sie sich nicht beziffern, das UNHCR schätzt die Zahl der Binnenflüchtlinge auf 2,5 Millionen, dazu sollen bis zu 600.000

Sudanesen im Ausland Zuflucht suchen. Auf der anderen Seite haben mehr als 350.000 Menschen aus den Nachbarländern Zuflucht im Sudan gefunden, vor allem aus Äthiopien und Eritrea. Hinzu kommen Hunderttausende Südsudanesen und bis zu 100.000 Syrer, die einen privilegierten Status genießen. Die größte Wanderungsbewegung führt indes in die Golfregion, wo nach manchen Schätzungen

über zwei Millionen Sudanesen ihr Glück als Gastarbeiter suchen. Die Emigration nach Europa fällt vergleichsweise gering aus. Dennoch stellen Menschen aus Ostafrika in Europa eine der größten Gruppen unter den ankommenden Flüchtlingen.



Die Schikanen der Sicherheitskräfte treiben die Flüchtlinge weiter Richtung Europa

Musterland. Zudem ist die Regierung in Addis Abeba ein enger Verbündeter im Kampf gegen die islamistischen Shabaab-Milizen in Somalia.

In Gireif ist es kein Geheimnis, dass sich viele Äthiopier als Eritreer ausgeben, wenn sie nach Europa reisen, weil sie dann die besten Chancen haben, Asyl zu bekommen. In westlichen Diplomatengruppen ist von einem internen Bericht des Flüchtlingshilfswerks UNHCR die Rede, dem zufolge bis zu 60 Prozent der Asylsuchenden im Schengen-Raum, die sich als Eritreer oder Somalier ausgeben, in Wirklichkeit Äthiopier seien.

Dessen ungeachtet steigt in Europa auch die Zahl der offen als Äthiopier registrierten Flüchtlinge. In Deutschland hat sie sich von 2011 bis 2014 auf rund 1.200 verdreifacht. Obwohl die Oromo als Bauernvolk mit starken Wurzeln im afrikanischen

Kontinent dafür bekannt seien, auch im Exil möglichst nah an ihrer Heimat verbleiben zu wollen, sind nach Angaben einer Berliner Oromo-Aktivistin seit 2015 etwa 2.500 Oromo-Flüchtlinge in der Bundesrepublik eingetroffen.

Derweil liegt die Lösung für das Hauptproblem der Eritreer und Äthiopier im Sudan auf der Hand: Sie würden viel eher hier bleiben, wenn sie sich ohne Diskriminierung ein Leben aufbauen könnten – wobei sich christliche Flüchtlinge mehr über Diskriminierung beklagen als Muslime. Doch dieser Lösung steht die Politik im Weg: Ein Spitzenvertreter der sudanesischen Regierung erklärt – wenn auch nur hinter vorgehaltener Hand: Leider könne man ihnen nicht einfach die gleichen Rechte einräumen wie den Zehntausenden Flüchtlingen aus Syrien und den Hunderttausenden Südsudanesen. Denn sonst würde Khartum die Regime in Asmara und Addis Abeba brüskieren und eine gefährliche Verschlechterung der Beziehungen riskieren.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Sudans Sorge um die regionalpolitische Balance wohlbegründet ist: Während des Kalten Krieges, der hier heiß tobte, rüsteten Sudan und Saudi-Arabien äthiopische Rebellen aus – mit ausgiebiger Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland. Addis Abeba revanchierte sich, indem es die südsudanesischen Revolte mit Waffen befeuerte – hauptsächlich mit solchen aus der DDR. Die Militarisierung der gesamten Region, eine wesentliche Ursache für Flucht und Vertreibung, ist also auch das Erbe eines deutsch-deutschen Stellvertreterkrieges.

Die westliche Einmischung lief auch nach dem Zusammenbruch des Ostblocks weiter, denn in den 1990er Jahren unterstützte die US-Regierung unter Bill Clinton Äthiopien und das frisch unabhängige Eritrea militärisch, um die Khartumer Islamisten einzudämmen. Die nordsudanesischen Opposition konnte von Asmara aus Fronten im Ostsudan und in Darfur eröffnen. Khartum fachte seinerseits Revolten in beiden Nachbarländern an. Erst von 2005 an gelang es, gleichermaßen gute Beziehungen zu Äthiopien und Eritrea aufzubauen – und die will Baschirs Regime nicht aufs Spiel setzen.

Äthiopien und Eritrea stehen sich dagegen noch immer verfeindet gegenüber. Nach dem Grenzkrieg in den Jahren 1998 bis 2000, der vermutlich rund 100.000 Menschen das Leben kostete, haben beide Staaten zwar 2003 einen Friedensvertrag geschlossen, dieser wird jedoch nicht umgesetzt. Äthiopien hält weiterhin eritreisches Territorium besetzt – auch damit rechtfertigt die Regierung in Asmara den unbegrenzten Wehrdienst im eigenen Land, eine der wesentlichen Ursachen für die Flucht aus Eritrea.

Viele Experten halten eine tatsächliche Aussöhnung zwischen Addis Abeba und Asmara daher für die nachhaltigste Fluchtursachenbekämpfung. Eine westliche Diplomatin sieht schon einen Durchbruch darin, dass der »Khartum-Prozess« zum Thema Migration – zwischen EU und der Schweiz einerseits und den nordostafrikanischen Staaten andererseits – äthiopische und eritreische Regierungsvertreter an einen Tisch bringt. So skeptisch dieses diplomatische Forum von zivilgesellschaftlichen Gruppen auch betrachtet wird, könnte es doch immerhin einer Verständigung der zwei verfeindeten Nationen dienen.

*Namen der Flüchtlinge geändert •